

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in unregelmäßiger Reihenfolge berichte ich Ihnen aus Berlin. In dieser Woche möchte ich Sie über die Haushaltswoche im Deutschen Bundestag informieren, in deren Rahmen die Parlamentarier den Bundeshaushalt für das kommende Jahr 2011 beschlossen haben. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Bundeshaushalt 2011
2. Das neue Konzept der NATO
3. Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG)
4. Elektromobilität
5. 60 Jahre Menschenrechtskonvention
6. Relevantes für Mannheim und die Region



1. Bundeshaushalt 2011

In dieser Woche hat die christlich-liberale Koalition den Bundeshaushalt für das Jahr 2011 verabschiedet. Er stellt die Weichen für einen soliden Aufschwung und langanhaltendes Wirtschaftswachstum und trägt gleichzeitig dem Prinzip der Schuldenbremse und dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts Rechnung. Dabei geht es der Regierungskoalition vor allem darum, den wirtschaftlichen Aufschwung nicht im Ansatz abzuwürgen, sondern vielmehr zu verstetigen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in ihrer Rede zum Haushalt: „Wir sparen nicht an der Zukunft“, sondern „für die Zukunft.“ Dabei hob sie besonders die Förderung von Ganztagesbetreuung, von Bildung und Forschung hervor. Die in Folge der guten Konjunktur zu erwartenden Steuermehreinnahmen wird die Bundesregierung nicht davon abhalten, den notwendigen und konsolidierenden Sparkurs weiterzuführen. Schwerpunkte der christlich-liberalen Politik wurden auf Haushaltsebene umgesetzt, so wurden etwa die Mittel für die Städtebauförderung von 290 Millionen Euro auf 455 Millionen Euro angehoben. 188 Millionen Euro mehr stehen für den Ansatz beim Wohngeld zur Verfügung und 200 Millionen kommt der Förderung der Kommunen zugute. Die Nettokreditaufnahme konnte hingegen um 9,1 Milliarden Euro auf 48,8 Milliarden Euro gesenkt werden.

Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die Spuren der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte in diesem Haushalt noch sichtbar sind. Dennoch ist die Entwicklung positiv, das Konjunkturbarometer zeigt nach oben und Deutschland wird aller Voraussicht nach ein Wirtschaftswachstum von bis zu 2,2% erreichen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg das preisbereinigte BIP im dritten Quartal 2010 gegenüber dem dritten Quartal 2009 um stattliche 3,9%. Es hat sich gezeigt, dass die Bundesregierung in der Krise handlungsfähig geblieben ist und die richtigen Maßnahmen ergriffen hat, um diese zu bewältigen.

2. Das neue Konzept der NATO

Im Hauptquartier der Nato in Brüssel wurde in den vergangenen Monaten intensiv über das neue Konzept der Nato und ihre strategische Ausrichtung diskutiert. Ergebnis dieser Überlegungen ist das neue Nato-Konzept, in dessen Kern weiterhin das Prinzip der kollektiven Sicherheit steht. Das Verteidigungsbündnis ist und bleibt das Fundament der europäischen Sicherheitsarchitektur. Krisenprävention und Konfliktbewältigung bleiben die zentralen Aufgaben der Allianz. Auf dieser Grundlage gilt es, sich den zukünftigen Bedrohungen unserer Sicherheit zu stellen. Dass diese Bedrohungen für unsere Sicherheit auch außerhalb des Bündnisgebietes bekämpft werden müssen, ist offensichtlich; deshalb sind Einsätze wie der in Afghanistan oder dem Kosovo auch in der Zukunft möglich, sogar wahrscheinlich. Auch neuartige Bedrohungen müssen berücksichtigt werden, wie uns die jüngsten Berichte über die Konstruktion des Computerwurms „Stuxnet“ jäh vor Augen führten. Wir benötigen ein wirksames Instrumentarium, um uns effektiv gegen Bedrohungen, ausgehend von Cyber-Terroristen, aber auch nuklear bewaffneten Staaten, schützen zu können. Letzteres versucht die Nato durch den so genannten Raketenabwehrschirm zu erreichen, der gemeinsam mit Russland realisiert wird. Deutschland wird im Rahmen seiner Bündnisverpflichtungen auch weiterhin seinen Beitrag in der Krisenprävention und Konfliktbeilegung leisten. Dazu gehört es auch, unsere Streitkräfte schlagkräftiger und effizienter zu machen. Um für diese neuen Aufgaben gut gerüstet zu sein, hat Verteidigungsminister zu Guttenberg die Reform der Bundeswehr in Gang gebracht.

3. Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in den gesetzlichen Krankenkassen (AMNOG)

Mit dem Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes (AMNOG) strebt die christlich-liberale Koalition eine langfristige strukturelle Änderung des Arzneimittelmarktes und jährliche Einsparungen bei den gesetzlichen Krankenkassen in Milliardenhöhe an. Allein bei neuen Medikamenten, zu denen es keine therapeutischen Alternativen gibt, soll die Entlastung 1,7 Milliarden Euro betragen. Im Gesetz wurde festgeschrieben, dass die pharmazeutische Industrie künftig den Nutzen neuer Arzneimittel nachweisen und den Erstattungsbetrag, den sie dafür von den Kassen erstattet bekommt, mit diesen aushandeln muss. Das Gesetz sorgt für eine Deregulierung des Arzneimittelmarktes in der gesetzlichen Krankenversicherung. Therapiehinweise und Verordnungsausschlüsse werden zukünftig klarer geregelt. Rabattverträge für patentfreie und wirkstoffgleiche Arzneimittel (so genannte Generika) werden wettbewerblicher und patientenfreundlicher gestaltet.

4. Elektromobilität

Für die Förderung der Elektromobilität setzt sich die christlich-liberale Koalition in einem entsprechenden Antrag ein. Besonders in den Bereichen Grundlagenforschung, Batterieelektrik und Netzgestaltung soll die Regierung eine kontinuierliche Förderung der Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau fortführen. Die Koalition sieht in der Elektromobilität große Potentiale für eine nachhaltige Gestaltung des Individualverkehrs wie auch des öffentlichen Verkehrs. Damit diese Potentiale ausgeschöpft werden können, müssen bereits existierende Forschungsprogramme verstetigt werden, dazu zählt insbesondere auch die Förderung von Modellregionen in Deutschland. Dabei muss die internationale Standardisierung ebenso vorangetrieben werden wie die Förderung der Modellregionen in Deutschland. Gleiches gilt für die ordnungspolitische Anpassung im Bereich der Nutzungsrechte, die Stadtplanung sowie eine eventuelle steuerliche Förderung. Gerade für den Automobilstandort Deutschland bedeuten die Veränderungen durch Elektromobilität Chancen auf Wachstum und eine langfristig geringere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.

5. 60 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention

Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen würdigten den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention am 4. November 1950 mit einem interfraktionellen Antrag. Darin anerkennen die Fraktionen die Bedeutung der Menschenrechtskonvention für die freiheitliche Entwicklung in Europa. Die Bundesregierung wird aufgefordert, allen Versuchen, die universelle Geltung der Menschenrechte in Frage zu stellen, "mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten". Auch solle sie sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass neue Mitgliedstaaten des Europarates zügig die Europäische Menschenrechtskonvention und möglichst umfassend auch ihre Zusatzprotokolle ratifizieren. Ferner fordern die Abgeordneten, die Arbeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch dadurch anzuerkennen, dass sich die Regierung über den bereits geleisteten Beitrag hinaus für eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung sowie für eine größere Unabhängigkeit des Gerichtshofs bei der Verwaltung seines Budgets einsetzt.

6. Relevantes für Mannheim und die Region

Erhalt des Telekom-Standortes Mannheim

Im Rahmen einer Veranstaltung der Landesgruppe Baden-Württemberg der CDU/CSU- Bundestagsfraktion mit Vertretern der Deutschen Telekom traf ich den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom, René Obermann. Dabei sprach ich die geplanten Verlegungen und Umstrukturierungen von Telekom-Standorten und vor allem die damit verbundenen Auswirkungen auf Mannheim an. Unter Bezugnahme auf das Treffen mit den Vertretern der Telekom und der Telekom-Chef René Obermann von mir vorgetragene Frageliste, teilte nun der Leiter der politischen Interessensvertretung Deutschland der Telekom, Fritz-Uwe Hofmann, mit, dass nach der geplanten Verlegung von Beschäftigten nach Stuttgart, Darmstadt und Ludwigshafen noch rund 660 Mitarbeiter am Standort Mannheim tätig sein werden. Dabei machte Hofmann deutlich, dass das geplante Konzept keinen Arbeitsplatzabbau zum Ziel habe und jedem Beschäftigten am neuen Zielstandort ein gleichwertiger Arbeitsplatz angeboten werde. Unter Bezugnahme auf das Treffen in Berlin machte ich in einem Brief an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom, René Obermann, nochmals deutlich, dass ich die getroffene Standortentscheidung über die geplante Verlegung von Beschäftigten aus Mannheim in andere Städte sehr bedauere. Es gilt nun sicherzustellen, dass die rund 660 Arbeitsplätze in Mannheim dauerhaft erhalten bleiben und Mannheim von weiteren Umstrukturierungsmaßnahmen verschont bleibt.

Ausbau des Eisenbahnknotens Mannheim-Heidelberg ist weiterhin gesichert

Der Ausbau des Knotenprojektes Mannheim-Heidelberg und der Neubau des zusätzlichen Bahnsteigs im Hauptbahnhof Mannheim (Bahnsteig F) sind weiterhin als „vordringlicher Bedarf“ im Bedarfsplan für die Bundesschienenwege verzeichnet. Dies bestätigte mir der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Andreas Scheuer, auf meine parlamentarische Anfrage hin. Im Rahmen der Überprüfung des Bedarfsplans zum Aus- und Neubau der Bundesschienenwege wurde, so Dr. Scheuer, die Wirtschaftlichkeit des Projektes erneut nachgewiesen.

Der Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur im Knoten zwischen Mannheim und Heidelberg sind für die gesamte Region Rhein-Neckar von großer verkehrspolitischer Bedeutung. Der Nahverkehr stellt ein wichtiges Bindeglied für die Bewohner der Metropolregion dar. Dem Hauptbahnhof Mannheim kommt dabei eine besondere Bedeutung für den reibungslosen Ablauf, sowohl des Fern- als auch des Nahverkehrs, zu. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Knotenausbau schnellstmöglich realisiert wird.

Klimakiste für Lessinggymnasium

Auf meinen Vorschlag hin hat das Lessinggymnasium in Mannheim an der „AktionKlima!“ teilgenommen. Die „AktionKlima!“ ist Teil der Klimaschutzinitiative der Bundesregierung und wird vom Projektpartner des Bundesumweltministeriums, dem Bildungscent e.V., seit 2008 bundesweit an Kindertagesstätten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen durchgeführt.

Teilnehmer erhalten eine Klimakiste, die je nach Altersstufe der Zielgruppe unterschiedlich gepackt ist. Die Klimakiste für Kitas und Grundschulen führt die jüngeren Kinder hauptsächlich spielerisch und visuell an die Thematik heran. Für die älteren Schülerinnen und Schüler wird es durch professionelle Messgeräte und Berechnungen anspruchsvoller. Mit Messinstrumenten, Experimentierkästen, Spielen, Wetterstationen, aber auch anspruchsvollen Unterrichtsmaterialien und Hintergrundinformationen bietet die Klimakiste den Schulen die Möglichkeit, Energielecks in der Schule aufzuspüren, durch Verhaltensänderungen im Alltag Energie einzusparen und somit den CO₂-Ausstoß deutlich zu mindern. Ich überreichte am ersten Schultag nach den Herbstferien persönlich die Klimakiste an das Lessinggymnasium.



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de